



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb insel. Porto 2 Thlr. 15 Gr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstseitigen Zeile in Beitschrift 2 Gr.

Nr. 118. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Zewendt.

Mittwoch, den 11. März 1874.

Deutschland.

Berlin, 10. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem interimistischen Ober-Wachtmeister der Gendarmerie-Brigade in Elsass-Lothringen Hermann zu Colmar, dem Enregistrements-Gehilfen Ludwig Gothen daselbst und dem Fabrikarbeiter Ludwig Philipp Kunz zu Straßburg i. C. die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Dem Herrn Ernst Hardt in Köln ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als Consul der Republik Peru ertheilt worden.

Se. Maj. der König hat dem bisherigen Betriebs-Inspector der Köln-Mindener Eisenbahn Carl Wilhelm Heyne zu Hamm aus Anlass seines Übertritts in den Ruhestand den Charakter als Baurath verliehen.

[Wohlthätigkeit.] Aus den Zinsen der von dem Königlichen Hoflieferanten Commissionsrat Hoff in Berlin gegründeten Stiftung, welche gegenwärtig aus 2600 Thlr. in zinstragenden Papieren besteht, werden nach dem Wunsche desselben alljährlich am Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers und Königs hilfsbedürftige Veteranen der Feldzüge von 1813/15 und Soldaten, welche bei Erfüllung der Doppel-Schanzen invalide geworden sind, beschenkt. Der gegenwärtige Stand der Fonds gestattet es, nachbenannten Veteranen der Feldzüge von 1813/15, darunter folgende Schlesier: Christof Fechner aus Gremendorf, Kreis Bunzlau; Friedrich Mischke aus Niedersiegersdorf, Kreis Freistadt; Anton Schmidt aus Kunzendorf, Kreis Neuruppin; Geschenke à 5 Thlr. zu bewilligen, welche den Genannten am 22. März d. J. durch Vermittelung der betreffenden Königlichen General-Commandos werden behandigt werden. Das Kriegs-Ministerium bringt dies zur öffentlichen Kenntniß.

Am Johannes-Gymnasium zu Breslau ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Gustav Dzialas zum Oberlehrer genehmigt worden. — Der königliche Eisenbahn-Baumeister von den Bergh zu St. Wendel ist in gleicher Eigenschaft nach Barby versetzt und wird demselben die Funktionen eines Abtheilungs-Baumeisters bei dem Bau der Eisenbahn von Bonn nach Nordhausen übertragen worden. Der bisherige königliche Landbaumeister Raumann zu Gumbinnen ist als königlicher Kreisbaumeister in die erledigte Kreisbaumeisterstelle zu Darkehmen versetzt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Walter zu Schwerin a. W. ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Beuthen O.S. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Königsbrück versetzt worden.

Dem Ingenieur Gustav Franke in Saarlouis ist unter dem 4. März d. J. ein Patent auf eine Eisenbahnwagen-Kuppelung auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 10. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute militärische Meldungen im Beisein Sr. königl. Hoheit des Prinzen August von Württemberg, des stellvertretenden Gouverneurs und des Commandanten, und hierauf den Vortrag des Polizeipräsidenten entgegen. Nach der Ausfahrt empfingen Se. Majestät den Minister des Innern Grafen zu Eulenburg, den Chef der Admiralität General v. Stosch und den Chef des Militär-Cabinets, General v. Albedyll.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besichtigte gestern die Treibhäuser des Geheimen Commerzien-Raths Vorfig und war in der Sinfonie-Soiree des königl. Orchesters anwesend. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 10. März. [Der Kaiser. — Fürst Bismarck. — Das Parlamentsgebäude. — Gehaltsaufbesserung der Geistlichen und Lehrer.] Die Genebung des Kaisers ist in erfreulichem Fortschreiten begriffen. Vor einigen Tagen hatten die Aerzte es noch für nothwendig erachtet, daß der Monarch, um für den bevorstehenden Geburtstag seine Kräfte zu stärken, das Zimmer hätten müsse. Auch von dieser Vorsichtsmahregel hat seit gestern, wo der Kaiser bereits wieder eine Ausfahrt gemacht, Abstand genommen werden können. — Auch in dem Befinden des Reichskanzlers ist eine Besserung eingetreten. Derselbe war durch den heftigen Anfall seines Uebels, welches ernsthafte Besorgniß erregte, nicht nur ans Zimmer, sondern auch ans Bett gefesselt worden. Man hofft aber, daß der Fürst schon heute einige Stunden aufstehen kann. — In einer der jüngsten Sitzungen des Bundesrathes ist bereits der Antrag des Reichstages in Betreff des Parlamentsbaues zur Sprache gekommen. Der Vorsitzende machte die Mittheilung, daß der Reichskanzler Veranlassung genommen habe, an die preußische Regierung die Anfrage zu richten, ob und unter welchen Bedingungen sie geneigt sei, dem Reich das vormalige Grundstück der Porzellan-Manufaktur zu überlassen. Der Geheime Rath Eck hat bereits mit der preußischen Regierung Unterhandlungen darüber angeknüpft, und im Preußischen Staats-Ministerium haben, wie ich höre, schon die Berathungen begonnen, um die Bedingungen festzustellen, unter welchen die Überlassung des bezeichneten Terrains an das Reich erfolgen könnte. — Im diesjährigen Staatshaushalts-Estat ist der Fonds zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen und Lehrer um den Betrag von 250,000 Thlr. verstärkt worden. Diese Summe soll zuvörderst dazu dienen, das Einkommen der auf selbständigen Pfarrstellen festangestellten Geistlichen in evangelischen Gemeinden auf 600 Thlr. und in katholischen Gemeinden auf 500 Thlr. aus Staatsmitteln zu erhöhen, soweit dies nicht aus dem Kirchenvermögen oder den Beiträgen der zunächst verpflichteten Gemeinden geschehen kann. Von Seiten des Cultusministers wird nun beabsichtigt, den Geistlichen aus diesem Fonds Zulagen zu gewähren, die jedoch mit Rücksicht auf den rein staatlichen Charakter des Fonds nur auf Zeit und zwar zunächst auf 10 Jahre zu bewilligen sein würden. Zur Ausführung dieser Absicht ist nun eine Verfügung an die Provinzial-Regierungen erlassen worden, mit der Anweisung, in Gemeinschaft mit dem Consistorium das Gesammt-Einkommen der zu berücksichtigenden Geistlichen speciell zu ermitteln, die von den Kirchenkassen und den Gemeinden zu übernehmenden Zuschüsse festzustellen und demnächst über die Höhe der aus Staatsmitteln zu gewährenden Zulagen Vorschläge zu machen. Es sei auch dringendes Bedürfniß, heißt es in der Verfügung, auf die Pfarr-Adjuncten an selbständigen Pfarren Bedacht zu nehmen, da das Einkommen derselben durch die Geldleistung an den Emeritus sehr geschmälert werde. Auch deren reine Einnahme müsse die normale Höhe erreichen. Außerdem ist in Aussicht genommen, falls nach Erfüllung der Minimalbesoldung noch Mittel verfügbar bleiben, in dringenden Fällen, wo besondere lokale Verhältnisse dies wünschenswert machen, eine Erhöhung auf 700 Thlr. bez. 600 Thlr. einzutreten zu lassen.

= Berlin, 10. März. [Das Gesetz gegen die renitenten Kirchendiener. — Quarantine. — Militärgesetz. — Aus den Commissionen.] Der Justizausschuß des Bundesrathes hat gestern das Gesetz über die Ausweisung bzw. Internirung der renitenten Kirchendiener sofort durchberaten. Das Referat hatte der hanseatische Ministerresident Dr. Krüger übernommen und die Bedürfnisfrage nach allen Seiten hin beleuchtet und danach die Annahme des Gesetzes empfohlen. Es fehlte nicht an Stimmen, welche ab-

weichende Ansichten vertraten und sich namentlich gegen die Entziehung des Indigenats aussprachen. Man konnte indessen nicht verhehlen, daß in Preußen ein wirklicher Notstand vorhanden sei, dem durch das Gesetz ein Ende gemacht werden sollte und könnte. Ein von einer Seite eingebrachter Gegenentwurf, der nur die Ausweisung zu lassen wollte, fand keine Zustimmung, ebenso wenig ein Antrag, das Gesetz nur für katholische Geistliche zu erlassen. Im Prinzip fand der Entwurf schließlich, besonders im Hinblick auf Preußen, wo bereits zwei Bischofs in das Gefängnis abgeführt werden mußten, Annahme, jedoch wurde § 1 in einer mildernden Fassung angenommen, ungesähr dahin, daß der Verlust des Indigenats erst dann eintreten soll, wenn Ausweisung oder Internirung wirkungslos bleiben. Die §§ 2 und 3 wurden unverändert angenommen. — Der Bundesrath hielt heute Nachmittag 2 Uhr eine Plenarversammlung unter dem Vorsitz des Präsidenten v. Delbrück lediglich zur endlichen Feststellung des Entwurfes über das Reichspapiergehalt. — Infolge früherer Bundesratsbeschlüsse über Quarantänen-Maßregeln gegen die Cholera sind in der letzten Zeit mehrere Regierungen bei dem Reichskanzleramt über den Fortgang und die endliche Regelung dieser Angelegenheit vorstellig geworden. Es ist seitens der letzteren nun mitgetheilt worden, daß eine weitere Bearbeitung der Sache bislang deshalb unterblieben ist, weil man einerseits das Material der Berathungen der von Reichswegen einbezogenen Cholera-Commission abwarten wollte, andererseits aber die Berathungen des im September vorigen Jahres zu Wien versammelten gewesenen medicinischen Congresses der Eröffnung von Verhandlungen zur Herbeiführung einer internationalen Vereinbarung über gleichmäßige Grundsätze für die Quarantäne-Maßregeln gegen die Cholera angeregt hatten. Diese Verhandlungen würden voraussichtlich im Mai oder Juni d. J. ihren Anfang nehmen und soll aus deren Abschluß abgewartet werden, bevor eine weitere Behandlung der Angelegenheit erfolgen kann. — Der Bundesrath hat sich mit dem Abschluß eines Auslieferungsvertrages zwischen dem deutschen Reiche und Brasilien und zwar mit der Maßgabe einverstanden erklärt, daß der mit Belgien abgeschlossene Auslieferungsvertrag als Grundlage der mit Brasilien eingeleitenden Unterhandlungen diene.

— Der Reichstagsabgeordnete Dr. Simson ist heute hier eingetroffen, um sich an den Reichstagsarbeiten zu beteiligen, soweit dies seine in der That sehr angegriffene Gesundheit gestattet. — In der Militär-Commission des Reichstages ist man heute bis zum § 62 gelangt, so daß nur noch die Schluss-Bestimmungen und die zurückgestellten Fragerungen über die Erfahrenerve erübrigen; damit wird man sich in der nächsten Sitzung beschäftigen und am Freitag Beischluß über die ersten Paragraphen fassen, womit die erste Lesung erledigt sein wird. — Die Berathung über die Gewerbe-Ordnungs-Novelle ist nun auch in zweiter Lesung beendet und die Verabschiedung des Contractbruches mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt worden. Über die Gewerbegechte wird im Plenum der Abgeordnete Dr. Oppenheim, über den Contractbruch der Abg. Nickert referieren. — Die Pressegesetz-Commission hat heute den Bericht festgestellt, wenn irgend möglich, soll die Plenarberathung am Sonnabend beginnen. — Die Geschäftsordnungs-Commission hat die Berathung über Abschaffung der Rednerliste vertagen müssen, weil eine Anzahl der Mitglieder gleichzeitig in anderen Commissionen thätig sein mußte. — Der Reichstag wird in den nächsten Tagen den Wahlprüfungen besondere Thätigkeit zuwenden, um sich über die angezeigten Mandate vor Ablauf der Session schlüssig zu machen. Die Zahl der freitigen Wahlen beläuft sich auf sechzig.

D. R. C. [Das Militärgesetz und die Nationalliberalen.] Es ist leicht begreiflich, daß die Frage des Zustandekommens des Militärgesetzes gegenwärtig den Brennpunkt der Verhandlungen aller Parteien des Reichstages bildet. Der Schwerpunkt der Entscheidung beruht tatsächlich in der Fraction der Nationalliberalen, denn, wenngleich in der Centrumsfraction noch keine definitiven Beschlüsse gefaßt worden sind, so gilt doch allgemein schon jetzt als ausgemacht, daß diese Fraction in den streitigen Fragen der Militär-Novelle auf Seite der Opposition tritt. Nach einer Berechnung, die von über die Situation gut unterrichteten Personen aufgestellt worden ist, liegen die Verhältnisse augenblicklich so, daß, wenn in der nationalliberalen Fraction nur 16 Mitglieder gegen die Vorlage stimmen, dieselbe zu Fall kommt. Es ist deshalb eben bemerkenswerth zu erfahren, wie die Stellung der Nationalliberalen unter einander zu der Vorlage sich gestaltet. Gestern Abend hat eine Fraktionssitzung stattgefunden, in der die Frage zur Discussion gestellt war. Wir erfahren darüber, daß die Ansichten der Mitglieder weit auseinander gingen. Während ein Theil der Mitglieder sich dafür aussprach, der Vorlage zuzustimmen, war ein anderer Theil der Ansicht, es noch einzuweisen mit einem Provisorium zu versuchen, während ein dritter unter Führung Lasker's und Stauffenberg's sich für eine Modifizierung der Vorlage, namentlich in Bezug auf die Präsenzstärke, aussprach. Zu einer Einigung in dieser Angelegenheit gelangte die Fraction nicht, umso mehr als man noch abwarten wollte, welche Beschlüsse in der Commission bei der ersten Lesung der Vorlage gefaßt werden, und welche Stellung die Regierung zu denselben einzunehmen gedenkt. Der Gegenstand wird deshalb auch noch einer späteren Berathung der Commission vorbehalten werden, um so mehr als der Reichskanzler sich über seine Ansichten bezüglich der aus dem Reichstage schon hervorgegangenen Vorschläge noch nicht zu erkennen gegeben hat.

[Münzprägungen.] An Reichs-Goldmünzen waren bis zum 15. Februar 200,697,500 Mark in 10 Markstücken ausgeprägt worden. In der Woche vom 15. bis 21. Februar wurden ferner in Berlin geprägt 299,110 Mark; mithin Gesamt-Ausprägung 200,996,610 Mark in 10 Markstücken.

An Reichs-Silbermünzen und zwar in 1 Markstücken waren bis zum 15. Februar d. J. 5,600,219 Mark und in Zwanzigpfennigstücken 2,711,886 Mark 40 Pf. ausgeprägt worden. In der Woche vom 15. bis 21. Februar 1874 sind ferner geprägt in 1 Markstücken: in Berlin 269,336 Mark, in Hannover 64,590 Mark, in Frankfurt 59,000 Mark, in München 120,045 Mark, in Stuttgart 116,960 Mark, in Karlsruhe 67,306 Mark, in Darmstadt 31,500 Mark, in Zwanzigpfennigstücken in Hannover 60,661 Mark in München 38,852 Mark 20 Pfennige, in Dresden 106,300 Mark, in Stuttgart 36,045 Mark 20 Pfennige, mithin stellt sich die Gesamt-Ausprägung in Reichs-Silbermünzen auf 9,282,700 Mark 80 Pfennige und zwar in 1 Markstücken 6,328,956 Mark und in Zwanzigpfennigstücken 2,953,744 Mark 80 Pfennige.

An Reichs-Nickelmünzen und zwar in Zehn-Pfennigstücken waren bis zum 15. Februar d. J. 761,890 Mark 40 Pf. ausgeprägt worden. In der

Woche vom 15. bis zum 21. Februar 1874 sind ferner in solchen Stückchen geprägt: in Berlin 29,896 Mark 60 Pfennige, in Frankfurt a. M. 24,414 Mark 30 Pfennige, in München 10,787 Mark 60 Pfennige, in Stuttgart 12,561 Mark, in Karlsruhe 13,650 Mark, in Darmstadt 4375 Mark, mithin Gesamt-Ausprägung in Reichs-Nickelmünzen 857,574 Mark 90 Pfennige.

An Reichs-Kupfermünzen waren bis zum 15. Februar d. J. und zwar in 2 Pfennigstücken 113,117 Mark 34 Pfennige und in Pfenningstücken 16,860 Mark 5 Pfennige ausgeprägt worden. In der Woche vom 15. bis 21. Februar 1874 sind an 2 Pfennigstücken ferner geprägt: in Berlin 2351 Mark 20 Pfennige in Hannover 4132 Mark 40 Pfennige, in Frankfurt o. M. 1500 Mark, in München 2152 Mark 90 Pfennige, in Stuttgart 2394 Mark 60 Pfennige, in Darmstadt 1950 Mark; an 1 Pfennigstücken in Berlin 1696 Mark 70 Pfennige, in Hannover 1994 Mark 20 Pfennige, in Frankfurt 750 Mark, in München 1003 Mark 92 Pfennige, in Karlsruhe 1125 Mark; mithin eine Gesamt-Ausprägung in Reichs-Kupfermünzen von 151,028 Mark 31 Pfennige, und zwar in 2 Pfennigstücken 127,598 Mark 44 Pfennige, in 1 Pfennigstücken 23,429 Mark 71 Pfennige.

Bon der Insel Rügen, 4. März. [Bestrafung der Weigerung, Amtsvoirsteher zu werden.] Eine bemerkenswerthe Nachricht kommt von der Insel Rügen. Der dortige Kreisausschuß hat unter Vorsitz des Landrates von Ueckermünde, dem Rittergutsbesitzer v. Platen auf Benz wegen seiner Weigerung, Amtsvoirsteher des Amtsgerichts Gingst zu werden, auf drei Jahre das Recht der Theilnahme an der Vertretung und Verwaltung des Kreises aberkannt und ihn um ein Achtel stärker zu den Kreisabgaben herangezogen.

Schwerin, 5. März. [Der Opposition der Mecklenburger Ritter gegen die von der Regierung proponirten Verfassungsänderungen liegt wesentlich der Besitz der Klöster zu Grunde, welche zu ihrer privaten Nutzung zu behalten das Corps des Adels allerdings unter anderem Verfassungsverhältnissen nicht hoffen darf. Die drei einst säcularisierten Klöster umfassen heute ein Vermögen von etwa 15 Millionen Thaler mit einem jährlichen Ertrage (trotz der überaus kostspieligen und verschwenderischen Verwaltung) von 600,000 Thalern, und dieser Ertrag wird verwendet zum Privatvortheil der adeligen Gutsbesitzer — richtiger des sogenannten eingeborenen und recipitiren, aber das ist faktisch alles Adels —, indem jedes Kind weiblichen Geschlechts vor der Taufe als Klosterdamme eingeschrieben wird, um nach vielleicht zehn Jahren die erste nach und nach bis zu 700 Thlr. und großen Naturalien steigende Nutzung zu erhalten, während der bürgerlichen Gutsbesitzer Töchter von von jeder Nutzung ausgeschlossen sind. Dies ist denn ein Geldobjekt, welches sich des Kampfes verlohnt, und obschon die Regierungsvorlage die Ritterschaft oder einzelne Theile derselben als Subiect von Privatrechten im Beifall lassen wollte, so fühlt der Adel doch, daß er die mit Convenienz der aus seiner Mitte hervorgegangenen Regierungen ungemaßte Nutzung der Klöster schwerlich länger sich erhalten kann, wenn eine Aenderung der Verfassung eintreten sollte. (B. 3.)

Köln, 7. März. [Haussuchung.] Gestern Morgen ward die Niederlage des „Görres-Vereins“ zur Massenverbreitung guter Volkschriften“ einer gründlichen polizeilichen Durchsuchung unterworfen, die auf Befehl der königlichen Ober-Procuratur stattfand. Namentlich sahnte man auf die Schriften des bekannten ultramontanen Schriftstellers Bolanden und anderer Verlagsartikel der katholischen Firma Kirchheim in Mainz.

† Dresden, 9. März. [Fesuitengemeinschaft. — Ein empfindlicher Reichstagsabgeordneter. — Stolze'sche Stenographie in Sachsen. — Dr. Büchner's Vorlesungen. — „Constitutionelle Zeitung.“] Wie still und ergiebig unsere Ultramontanen seit langer Zeit ihre vergleichungsweise unangefochtene Stellung auszubauen wußten, ergibt sich aus dem erst jetzt gefundenen Umstände, daß das Cisterzienserklöster Ossieg in Böhmen seine jungen Geistlichen von den Jesuiten in Innsbruck erziehen läßt und so mittelbar unsern seiner Aufsicht unterworfenen Cisterzienserinnen-Klöster Marienstein und Marienthal mit den frommen Büttern in Verbindung bringt. Nebenhaupt durchweht unsere ganze katholische Landeskirche ein jesuitischer Geist, der aus jeder Zeile des „Katholischen Volksblatt aus Sachsen“ spricht, den auszutreiben aber unser Landtag nun einmal unfähig ist. — Die seit der Vertagung des Landtages mit den Vorarbeiten für die Steuervorlagen beschäftigte Kammerdeputation zählt mehrere Mitglieder unter den Reichstagsabgeordneten, welcher ihrer Vertreterpflicht möglichst allezeit in Dresden und Berlin zu genügen trachten. Andererseits haben untere Zeitungen, namentlich das „Leipziger Tageblatt“, es sich diesmal zur Aufgabe gemacht, die Unwesenheit oder Abwesenheit unserer Vertreter bei den Reichstagsbeschlüssen zu kontrolliren. Das ist nun dem conservativen, aber immitten der deutschen Reichspartei sitzenden Abg. Günther (Solhausen) lästig geworden und es schreibt derselbe dem genannten Blatte einen Absagebrief mit dem Schlusse: „Ich bin mir meiner Pflicht so bewußt, daß ich einer Erinnerung durch die Zeitungen gar nicht bedarf.“ Das „Tageblatt“ erklärt jedoch sich dadurch in seiner Controle nicht irre machen lassen zu wollen. — In neuester Zeit hat sich in Dresden ein Frauenverein für Gabelsberger Stenographie gebildet. Es ist das in dem Augenblicke geschehen, in welchem der Stolze'sche Stenographische Verein sich vorbereitet, eine Eingabe an den Landtag um eine unparteiische Berücksichtigung seiner Bestrebungen zu richten. Bekannt ist, daß in keinem deutschen Lande die Stenographie und ausdrücklich die Gabelsberger Stenographie eine solche Förderung erfahren hat, wie in Sachsen, in welchem der ehemalige Vorstand des königlich stenographischen Institutes, Geheimrat Häge, sogar Provinzialblätter mit der Entziehung ihres amtlichen Charakters bedrohen konnte, wenn sie noch ein Wort zu Gunsten der Stolze'schen Stenographie verlieren würden. — Die Vorlesungen des Verfassers von Kraft und Stoff, Dr. L. Büchner, finden bei uns in Sachsen wenig Aufhang. In Leipzig waren sie mäßig, in Chemnitz aber so schwach besucht, daß Dr. Büchner sich weigerte, der ersten, von etwa 50 Personen besuchten Versammlung die beiden anderen folgen zu lassen. Hier hat die sogenannte Freidenker-Gemeinde die Anordnung der Vorlesungen übernommen, und damit ist denselben auch ein böses Omen gestellt worden, da besagte Gemeinde, welche sich noch vor Kurzem „Sächsische freireligiöse Gemeinde“ nannte, mit sammt ihrem Vorsteher, dem Privat-Handelsakademie-Director Klenich, gar keine Bedeutung hat. — Advocat Siegel zeigt jetzt selbst das Eingehen seiner „Constitutionellen Zeitung“ für den 1. April an.

Thüringen, 7. März. [Unruhen.] In der zweiten Stadt des Landes Neuf-Greiz, in Zeulenroda nämlich, sollten vor drei Tagen Unruhen ausgebrochen sein, zu deren Bewältigung auf telegraphisches

Ersuchen „ein Commando von zehn Soldaten mit scharfen Patronen unter Führung eines Unteroffizieres“ von Greiz ausgerückt seien. Es scheint sonach der Aufstand ein recht niedlicher gewesen zu sein. Wie die „Greizer Zeitung“ erfährt, wurde ein solcher aber nur „befürchtet“, weil ein Bauunternehmer plötzlich verschwunden war, ohne vorher seine Arbeiter bezahlt zu haben. Es ist dabei nur nicht erschlich, gegen wen die „Unruhen“ gerichtet werden könnten, da der Veranlasser der Misstimmung sich doch entfernt hatte. (M. 3.)

Gotha, 6. März. [Grenzebeleidigung.] Die Unterschlagungen des Oberstleutnants v. Engel in Meiningen haben zu einer Ausbildung gegen einen unserer ersten Staatsbeamten wegen angeblicher Beleidigung des Herzogs von Meiningen geführt. Während der letzten Tagung des gemeinschaftlichen Landtages in Coburg unterhielten sich nämlich einige Mitglieder unseres Ministeriums und des Landtages an der Mittagstafel eines dortigen Gasthauses über die juristischen Seiten der dem Herrn v. Engel zur Last gelegten Handlungen; ein junger adeliger Gutsbesitzer aus dem Meiningischen, der mit an der Tafel saß, hörte den vertraulichen Gespräche von ferne zu und glaubte aus dem Munde eines hiesigen Geheimen Regierung- und Ministerialraths ungünstige Neußerungen über seinen Landesherrn zu vernehmen, die er denn auch in local-patriotischer Entrüstung schleunigst in dessen Residenzstadt an die rechte Stelle trug. Das meinigliche Ministerium beantragt darauf freudnachbarlich gegen den gothaischen Ministerialrat eine Criminal-Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung, wurde jedoch nach Vernehmung der Zeugen mit seinem Urtheile von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen. (Volkszg.)

München, 7. März. [Die Nichtanerkennung des Bischofs Reinkens.] Der „Deutsche Merkur“, das Organ der Altkatholiken, ist über das Ergebnis des Referats des Professors Dr. v. Pöhl über die Anerkennung des Bischofs Reinkens in Bayern keineswegs erstaunt und ergeht sich darüber in folgenden bitteren Bemerkungen:

„Angenommen, man habe von jeder staatsmännischen Inangriffnahme der Sache von vornherein abgesehen und nur die alten „Normen“ ergründen wollen, so könnte eigentlich jeder Rechtspractant die nötige Auskunft geben. Das aber wäre zu wenig feierlich gewesen und hätte den guten Willen“ nicht so unwiderrücklich fundgethan. Daß der „gute Wille“ in wichtigen Fragen gegenüber den bayerischen Altkatholiken niemals zur That werden darf, ist von uns längst als ein ehrwürdiges Dogma hingenommen. Die Frage ist nur die, wie lange es noch bei den bisherigen „Normen“ in der neuen Zeit sein Bewenden haben soll? Nur noch eine kleine Weile so fortgeschritten, und der Karren der inneren Politik steht so tief im Sumpfe, daß nur noch der Reichsobel ihn heraushebt. Dann wird der und jener dann doch vom wohlgepolsterten Wagenfuß unanfahrl. herabfallen. Bis dafin wollen wir uns wappnen mit dem Schild der Beharrlichkeit, über den absoluten und relativen Werth bayerischer Ministerportefeuilles philosophische Betrachtungen anstellen, und noch an einer Anzahl weiterer trauriger Beispiele nachweisen, wie zumal auf dem Gebiete des Threchts der in Bayern genau genommen nicht amerikanische, aber um so mehr gesetzliche Vaticanismus die staatlichen Hoheitsrechte zur Schmach des governementalen Asterliberalismus unter Sequester hält.“

Heidelberg, 2. März. [Abschied.] Der „Voss. Z.“ wird von hier geschrieben: Gestern wurde dem Prof. v. Treitschke, welcher demnächst nach Berlin übergedeutet, im hiesigen Museumscafe ein Abschiedsbankett veranstaltet, dem zahlreiche Collegen, Schüler und Verehrer des scheidenden Historikers bewohnten. Die Ansprache des Professors Ribbel, als Vertreter der philosophischen Facultät, beantwortete Treitschke in einer längeren Dankrede, worin er erklärte, gleich Männern, wie Schlesser und Hänsler, seinen Vorgängern, habe auch er sich stets bemüht, die ungeschmückte Wahrheit zu sagen und sie in seinem Wirken vom echt nationalen Gesichtspunkte aus aufzufinden, zum Trost jener, auch von Schlesser angestrebten, aber unerreichbaren Objectivität; so nun habe er die deutsche Jugend begeistert und sie auf das denkwürdige Jahr 1870 vorbereiten können. — Professor Bluntschli feierte im Verlauf der weiteren Diskreden den Scheident als (gejüngerte) vermeindlichen Politiker und meinte, zwar könne Treitschke in Berlin nicht mehr für Preußen und das Reich Propaganda machen, wohl aber dem dortigen Streben nach materiellen Interessen und der negrenden Kritik entgegentreten. — Das Fest verließ zwar ohne Zwischenfall, aber auch ohne die wünschenswerthe Harmonie. Seit einiger Zeit stehen sich in den hiesigen academischen Kreisen zwei Parteien schroff und feindlich gegenüber, und es vergeht fast keine Gelegenheit, ohne daß dieser ziemlich erbitterte Zwischenfall vortritt. Kaum die Hälfte des academischen Senats war bei dem gefährlichen Feste vertreten, die andere hielt sich denselben in feindlicher Stimmung fern. Nicht allein religiöse und politische, auch persönliche Beweggründe haben diese gegenseitige Gereiztheit hervorgerufen.

♀ Metz, 8. März. [Resultate des Kreisbergsaygeschäfts. — Die Vergewaltigung der Schule in Elsaß-Lothringen nach der Darstellung des Abgeordneten Winterer.] Zur Illustration „der harten Maßregeln und des strengen Verfahrens“, nach welchem, wie der Abgeordnete Pfarrer Winterer behauptete, die jungen Leute in Elsaß-Lothringen zur Fahne berufen werden, mögen folgende Zahlen dienen, welche das Resultat des vor wenigen Tagen beendeten Kreis-Ersaggeschäfts im Landkreise Metz angeben. Darnach sind von 522 Militärschülern, die sich zur Musterung gestellt (im vergangenen Jahre waren es nur 349) 164 ausgeböhnen. Als tauglich befunden, aber auf die erhobenen Reklamationen zurückgestellt, wurden 24 Personen, während 57 der Ersagreserve überwiesen und 267 auf ein Jahr zurückgestellt wurden. Mit derselben Milde ist man auch in anderen Kreisen verfahren; im Kreise Bölschen z. B. wurden von 585 Ersagtenen 69 der Eriaz-Reserve überwiesen; in Saarburg wo 522 Militärschüler sich gestellt, wurden nicht weniger als 53 Reklamationen berücksichtigt. Ausdrücklich ist zu bemerken, daß die Zahl der ein- und dreijährig Freiwilligen beträchtlich größer ist als im letzten Jahre; in Saarburg z. B. haben sich 28, im Landkreise Metz 21 Freiwillige gestellt. Einige Compagnien der hier stehenden bairischen Regimenter haben bis 15 Freiwillige aus Lothringen. Bei dieser Gelegenheit mag daran erinnert sein, daß unser Bezirkstag kurz vor seinem Auseinandersetzen einstimmig den Wunsch aussprach, daß es allen in Lothringen aufgehobenen Mannschaften gestattet sein sollte in ihrer engeren Heimat der allgemeinen Dienstpflicht zu genügen. Wenn es damals den Anschein hatte als wenn dieser Gegenstand von den Vertretern des Bezirks auch im Reichstage zur Sprache gebracht werden würde, so ist dies durch die jähre Abreise der Deputirten allerdings unmöglich geworden. — Die Vergewaltigung der Schule, von welcher der obenerwähnte Abgeordnete sprach, veranlaßt uns dieses Thema mit zwei Wörtern zu berühren, nicht um den Herrn zu widerlegen, sondern um seine Ausführungen zu ergänzen. Durch das Gesetz vom 12. Februar 1873 wurde das gesamme höhere und niedere Unterrichtswesen im Elsaß-Lothringen unter die Aufsicht und Leitung der Staatsbehörden gestellt. Ferner kam die in der Verordnung vom 18. April 1871 vorge sehene Ausschließung des französischen Unterrichts aus den Elementarschulen der deutsch redenden Landestheile am 1. Oktober vorigen Jahres zur Ausführung. Durch erwähnte Verordnung wurden zugleich die gesetzlichen Vertreter eines Kindes verpflichtet, dasselbe nach vollendetem sechsten Jahre zum regelmäßigen Besuch einer öffentlichen oder einer von geprüften Lehrkräften geleiteten Privatschule anzuhalten, sofern nicht für entsprechende gleichen Unterricht in der Familie gesorgt ist. Endlich bestimmte das im Juli vergangenen Jahres erschienene Regulat für die höheren Lehranstalten (Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen) in § 10 als Unterrichtssprache in allen höheren Schulen die deutsche Sprache; für einzelne Fächer war auch hier der Gebrauch der französischen Sprache gestattet. Auf diesen historischen Thatsachen, die von jedem Unparteiischen mit Freuden begrüßt wurden, beruht die „Vergewaltigung der Schule“. Andere Thatsachen aber, die damit auf das Engste zusammenhängen, hat Herr Winterer zu erwähnen vergessen.

In kurzer Zeit ist es der Regierung gelungen die durch den Krieg vollständig regellos gewordenen Verhältnisse der Elementarschule, deren Lehrer zum Theil schon während des Krieges ausgewandert waren, zu ordnen und die freigewordenen Stellen mit frischen Kräften zu besetzen. Daran knüpft sich, was wir nur summarisch anführen können, die Verbesserung der Gehälter und Pensionen der Lehrer, die Errichtung von Bibliotheken, die Erweiterung bestehender und Gründung neuer Lehranstalten (Bürgerschulen, Präparanden-Anstalten, Seminarien, Gymnasien) und vor Allem die Schöpfung der Straßburger Universität.

Deutschland.

Bien, 10. März. [Die Rede des Ministerpräsidenten Fürst Auersperg] über die konfessionellen Gesetze lautet wie folgt:

Ich werde die Geduld des hohen Hauses nicht auf lange Zeit in Anspruch nehmen. Es bleibt mir nach den Auseinandersetzungen des Herrn Cultusministers nur übrig, in gedrängter Kürze einige zu befügen.

Das hohe Haus möge verzeihen, wenn ich abermals auf einen Gegenstand zurückkomme, welcher bereits verschiedene Erörterungen gefunden hat, nämlich den Vorwurf, daß wir etwas aus den Staatsgrundgesetzen unterschlagen haben. (Heiterkeit) Es ist uns das nicht eingefallen, es wird uns das nicht eintreffen, etwas davon absichtlich zu unterdrücken, und sei es das geringste Wort, es wird nie geschehen! Aber, hohes Haus, es gibt ein Wort, an das die Völker Österreichs glauben, ein Wort, welches bei ihnen immer mehr Anfang findet. Das Wort — es heißt: „Verfassung“ (lebhafter Beifall links und im Centrum) — dies Wort wird die jetzige Regierung nicht unterschlagen, es wird daher auch nicht notwendig sein, daß es von unseren Nachfolgern wieder „zu Stande gebracht“ wird. (Rufe: Sehr gut! Bravo! Langanhaltender Beifall und Händelatschen links und im Centrum.)

Rom liegt es mir ob, einem Redner von jener (rechten) Seite des Hauses meinen Dank auszusprechen. Es ist dies jener Herr Abgeordnete aus Oberösterreich, welcher dem Ministerium den Namen beigelegt hat: Ministerium Lasser, genannt Auersperg. (Heiterkeit) Er hat mit dieser Benennung mir einen großen Dienst erwiesen, denn er führt den Beweis, daß ich staatsmännische Klugheit genug besitze, mich dem Rathe eines Mannes zu koordinieren, welcher durch eine lange Reihe von Jahren für das Wohl Österreichs gewirkt hat (lebhafter Beifall und Händelatschen links und im Centrum), welcher die Verhältnisse in Österreich kennt, wie Niemand, dem ein treues österreichisches Herz im Bauen schlägt. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Meine Herren, ich habe es nicht notwendig gehabt, mir Rathgeber aus dem Auslande zu importieren (anhaltender, rauschender Beifall und Händelatschen links und im Centrum), welche uns erst das neue patente Österreich lehren sollen. (Lang anhaltender stürmischer Beifall und Händelatschen links und im Centrum.)

Und nun nur noch einige Worte im Namen eines Abwesenden. Es hat der hochwürdige Herr Abgeordnete aus Tirol uns eine Geschichte aus den Delegationen erzählt, wo der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten von einer „gebundenen Marschroute“ gesprochen hat. Der Herr Minister ist nicht anwesend, er kann seine Ansicht nicht selbst aussprechen, aber ich stehe in ziemlicher Solidarität mit ihm (Bravo! links und im Centrum) und glaube hier seine Ansicht aussprechen zu können. Diese „gebundene Marschroute“ ist keine andere, als die Marschroute des gefunden Menschenverstandes (anhaltender, lebhafter Beifall und Händelatschen links und im Centrum), welche dahin führen soll, Österreich zu einem großen, mächtigen Staate zu machen, stark im Innern, mit voller Selbstständigkeit, mit voller Unabhängigkeit gegen Außen. (Erneuter Beifall.) Soll das aber möglich sein, so muß im Innern Ruhe und Ordnung geschaffen, so muß dem Gesetz Autorität gewahrt werden. (Großer Beifall links und im Centrum.) Und, meine Herren, so lange ich an der Spitze der Regierung stehe, so lange wird des Gesetzes Autorität gewahrt werden (Beifallsturm links und im Centrum), dafür bürgt Ihnen mein Wort! (Erneuter Beifallsturm links und im Centrum.) Österreich-Ungarn kann nie so weit herunter sinken, eine Unterbehörde zu werden. (Beifall links und im Centrum.)

Und nun, meine Herren, zur Drohung, die wir von jener Seite des Hauses gehört haben! Man drohte, man werde das Gesetz nicht acceptiren, man werde eine Opposition dagegen machen, turzum, es sind Worte gefallen, die eigentlich die Revolution und zwar schon für die nächsten Tage in Aussicht stellen. (Rufe: Sehr richtig!) Meine Herren! Ich habe, ehe ich in die politische Laufbahn eingetreten bin, lange objectiv zugesehen, und ich kann sagen, daß meine Erfahrung mich lehrt, daß diese Drohung nicht ernst zu nehmen ist. Diese Drohung taucht regelmäßig immer wieder auf, wenn auf den Tisch des Hauses für die Partei, von welcher wir diese Ansicht gehört haben, unliebsame Gesetze kommen. (Heiterkeit und Rufe links: So ist es!) Ich muß sagen, diese Drohung wird nicht blos hier im Hause ausgesprochen, man agitiert auch außerhalb derselben mit diesem Pressionsmittel. Sollte übrigens diese Drohung zur Wahrheit werden, so kann ich Sie versichern, wird die Regierung Energie genug haben, den Kampf aufzunehmen. (Beifall links und im Centrum.)

Gerade diese Regierung ist dazu berufen, weil diese Regierung nie aggressiv vorgegangen ist; die Regierung hat nie Conflicte heraufbeschworen, sie hat gefucht, sie womöglich zu vermeiden. Umso mehr ist es unsere Pflicht, wenn uns der Kampf aufgedrungen wird, ihn aufzunehmen, lebhafter Beifall und Händelatschen links und im Centrum, und ich hoffe zu Gott, daß sie in diesem Falle zum Vortheile der Autorität des Staates durchzuführen wird. (Erneuter Beifall.)

Nun, meine Herren, empfehle ich den Gesellschaften Ihrer wohlwollenden Beratung und bitte Sie, ihn zum Beifluge zu erheben. (Minutenlanges, stürmischer, sich wiederholter erneuernder Beifall und Händelatschen links, im Centrum und auf den Galerien.)

Bien, 10. März. [Bei Besprechung der gestrigen Sitzung des Reichsrates] heben die Blätter von verfassungstreuer Tendenz hervor, daß der Erfolg derselben der glänzendste sei in der parlamentarischen Geschichte Österreichs, indem die Solidarität zwischen der Regierung und einer Majorität von mehr als drei Viertel Stimmen in drastischer Weise konstatirt wurde. Österreich könnte stolz sein auf diesen Tag. Das energische Auftreten der Regierung werde einen wirkungsvollen Nachklang im Inlande, wie im Auslande finden. Die entschiedene Offenheit des Ministerpräsidenten verdiene den Dank aller Derjenigen, die sich für die Ehre Österreichs begeistern. Die dem Ministerium gestern dargebrachte Ovation könne nicht begeisterter gedenkt werden. Daß gerade die Frage über die Gewissensfreiheit Unlaß gegeben, daß Band zwischen der Regierung und der verfassungstreuen Partei enger zu knüpfen, könne den wohlthuenden Eindruck nur noch erhöhen, den diese Thatsache in den weitesten Kreisen hervorruft.

Schweiz.

Bern, 6. März. [Zur Ligne d'Italie. — Zur Tessiner Volks-Abstimmung über die Bundes-Revision. — Zur Braunschweiger Erbschaft.] Die Umstände, schreibt man der „A. Z.“, haben den Bundesrat noch im letzten Augenblick veranlaßt, den für die Versteigerung der Ligne d’Italie auf vorgestern angesetzten zweiten Termin bis auf Weiteres zu verschieben. Wie es heißt, sollen neue diplomatische Verhandlungen zu Gunsten der französischen Actionäre im Spiele sein; auch liegt ein neuer, heftiger Protest des Herrn La Valette vor, über welchen der Bundesrat jedoch zur Tagesordnung schritt. Herr v. La Valette, so schreibt man dem „Journal de Genève“, ist übrigens augenblicklich in Sitten und behauptet, daß es ihm nach „unerhörten“ Bemühungen gelungen sei, eine englische Gesellschaft zu gründen, welche im Falle einer neuen Versteigerung mit einem disponiblen Capital von 16 Millionen Franken auf dem Kampfplatz erscheinen werde und weitere 45 Millionen zur Durchbohrung des Simplon bereit habe. — Gestern hat der Große Rat des Kantons Tessin das Standesvotum zu Gunsten der neuen Bundesrevision abgegeben. Es standen 61 gegen 44 Stimmen. Es ist dies ein gutes Vorspiel für die tessiner Volks-Abstimmung, deren Resultat nun wohl auch für Annahme lauten wird. — In Genf ist die Braunschweiger Erbschaft zum Eis-Apfel zwischen den Staats- und Stadtbehörden geworden. Erster verlangen 2,400,000 Franken Erbsteuer, während letztere dafür einige Staatsbauten, wie Collégien, Lycées, Erziehungsanstalten etc., errichten wollen. Dieser in der letzten Genfer Grossrats-Sitzung bis jetzt nur als Incidenzfall vorgekommene Conflict ist bereits in die

Bewohner übergegangen. Die Stadtbürger sind für den Stadtrath, die Landbürger für den Staatsrat. Letzterer wird wohl Recht behalten.

Italien.

Rom, 5. März. [Die Kammer] ist seit gestern wie in ein Generalstabs-Quartier umgewandelt. Man hört, schreibt man der „A. Ztg.“, nichts Anderes mehr als von Forts und Befestigungs-Systemen, von verschlossenen Lagern und von Hafenschutzbauten reden, und jeder Einzelne der Onorevoli ist über Nacht zu einem zweiten Baubau oder gar Moltke geworden. Sie werden schon vermuten, woher diese plötzliche Umwandlung der sonst so friedlichen Herren von Monte Citorio stammt. Es handelt sich nicht um Krieg, oder genauer gesagt, nicht um Angriff, sondern um eventuelle Vertheidigung, und es ist wahrhaftig erfreulich, daß Italien, nachdem es schon seit Jahren Herr im eigenen Hause geworden ist, endlich sich ernst an’s Werk setzt, um jedem frechen Einbrecher die Thür zuzuschließen zu können.

Bei den hohen und wichtigen Dingen, die im Werke sind, und von deren Umfang mein letzter Bericht eine Uebersicht gegeben hat, treten denn die kleinen parlamentarischen Fleißarbeiten, die man vorher gestern zu Ende führte, in ihr Nichts zurück; aber sie verdienen es doch wenigstens, erwähnt zu werden. Es waren Vorlagen über die Durchführung des Strafensystems in Sizilien, über den Verkauf des Staatsbergwerke von Terranera und Calamita auf der Insel Elba, über den Ankauf des Bewässerungs-Canals, der den Namen des großen italienischen Staatsmannes Cavour trägt, über Modifikation der Registerarten und der Stempelgebühren, endlich zwei Vorlagen militärischer Natur, nämlich die Feststellung des Jahrescontingents für die Aushebung von 1874 und über eine außerordentliche Ausgabe für Completirung der Feld-Artillerie. Alle diese Vorlagen sind durch die gestrige Abstimmung angenommen worden, und dann hat man die Generaldiscussion über die Befestigungs-Vorlage begonnen. Die verschiedenen Parteischätzungen sind darüber einig, daß die Vorlage nicht allein zustimmend erledigt, sondern auch schleunigst erledigt werden müsse, obwohl man keine Lust begeisteigt, dem Vorschlage des Deputirten de Cesaro beizupflichten, der die Annahme en bloc ohne Discussion empfahl. Bezeichnend ist, wie sich die clericale Presse zu der angeregten Frage stellt. Die „Voce della Verità“ vom 6. März sagt in ihrer Tagesübersicht wörtlich: „Gestern hat man in der Kammer nun die Beratung des Gesetzentwurfs über die Landesverteidigung begonnen. Munter schickten die Deputirten sich an, den Steuerzahler mit neuen enormen Lasten zu überbieten. Mittlerweile erhebt sich in Italien schreckhaft das Gespenst des Hungers“ u. s. w. Zum Beweise dafür, daß der Hunger auch in Rom herrsche, führt das Blatt dann die beabsichtigte Errichtung von Volkssküchen an. Uebrigens ist es erklärt, daß das Project der Landesverteidigung den Clericalen quer kommt, da sie ja ihre Hoffnung stets auf eine fremde Intervention gesetzt haben.

[Kirchliche.] Seit gestern wird in der Kirche der Dominicaner S. Maria sopra Minerva ein feierliches Tribunum zu Ehren des Jubelstages des Geburtstages des h. Thomas von Aquino begangen. Der Generalvikar für Rom, Cardinal Patrizi, hat selbst zu zahlreicher Bevestigung eingeladen. Die Kirche selbst ist durch eine Unzahl von Kerzenleuchtern, besonders um den Hauptaltar herum, Abends erhellt und bietet einen prächtigen Anblick. E davvero un bel teatro — es ist wirklich ein schönes Theater, sagte ein junger Mann, der sich am Ausgänge an mir vorbei drängte. Der Papst hat aus Unlaß des Festes den Dominicanern ein prächtiges Reliquiar geschenkt, ein Meisterwerk der Eleganz und reichen Ausstattung, wie man von Solchen hört, die es gesehen haben. Dasselbe enthält eine Relique von dem Körper des Heiligen. Der Orden seinerseits hat dagegen dem Papste durch Vermittelung des P. Gatti, welcher Maestro des apostolischen Palastes ist und dem Orden selbst angehört, eine große goldene Medaille überreichen lassen, die auf der einen Seite das Bild des heiligen Thomas und auf der anderen dasjenige Pius IX. trägt.

[Das Erkenntniß des Staatsrates in dem Prozesse der Kunst-Akademie San Luca] wider das eigenmächtige Verfahren des Unterrichtsministers Scialoja konnte einen erfreulichen Eindruck in clericalen Kreisen nicht verfehlen: „Der Exminister Scialoja hat in der Hauptstadt Unrecht“, und damit ist die Ehre des päpstlichen Instituts und seiner Professoren gerettet. Der Papst empfing gestern diese Herren mit dem Professor Emil Wolff an der Spize, und hatte nicht Worte genug, die männliche Haltung der ganzen Körperschaft in dem Streit zu beloben. Er zeigte sich bekannter mit der Geschichte des Instituts, als mancher der Anwesenden voraussegte. Auch unter Napoleon I. sei einmal ein ähnlicher Eingriff in die Rechte der Akademie verübt, doch wieder aufgegeben worden, und Napoleon I. sei doch nur ein Fremder gewesen. Er entließ die Akademiker mit den besten Wünschen für die Rehabilitierung der Unfa. Es wäre vielleicht nicht zu ihrer Auflösung gekommen, hätten nicht die meisten Mitglieder den Vatican zu oft besucht; in offiziellen Kreisen galten sie schon deshalb für caccialepri.

Großbritannien.

A.A.C. London, 7. März. [Von der Goldküste.] Im Kriegsministerium sind heute Deputirten von Generalmajor Sir Garnet Wolseley eingegangen, welche unter dem 7. Februar die Einnahme und die Niederbrennung von Kumassie, die Flucht des Königs Kaffi Kalkalli, sowie den Abmarsch der britischen Truppen nach Cape Coast Castle melden. Eine weitere Deputie des genannten Generals d. d. Hauptquartier Detchau, 9. Februar, meldet Folgendes: „Vom König sind soeben Boten im Lager angekommen, die um Frieden bitten. Ich halte mit den eingeborenen Truppen nördlich von den Adanschugeln bis zum 13. oder 14. d. um Zeit für die Unterhandlungen zu gestatten. Der Feind hat es nicht versucht, unsere auf dem Rückmarsch begriffenen Truppen zu beeinträchtigen.“

[Israel] empfing gestern eine aus Parlamentsmitgliedern, Kaufleuten, Fabrikanten u. A. bestehende Deputation der Anteilnehmer der Erbz-Liga, die ihm die Aufhebung der Einkommensteuer an's Herzlegte. Nachdem die verschiedenen Vorführer der Deputation ihre Argumente zu Gunsten einer solchen Maßregel unterbreitet hatten, erwiderte der Premierminister, daß der wichtige Gegenstand die geheime Aufmerksamkeit der Regierung empfunden würde.

[Die Ankunft des Herzogs und der Herzogin von Edinburgh.] Aus Gravesend tönen Freudentöne herüber. Die Königl. Nacht, mit dem Herzog und der Herzogin von Edinburgh an Bord, kam daselbst heute Morgen kurz nach 8 Uhr an und um 11 Uhr fand die Landung des königlichen Paars statt. Ihre Königl. Hoheiten wurden vom Prinzen Arthur und Lord Alfred Paget empfangen, und unzählige Menschenmassen begrüßten die hohen Aufkommenden mit nicht enden wollendem entzückendem Jubel, während drei auf der Höhe der Stadt liegende Kriegsschiffe Salutschüsse abfeuerten. Die Tochter des Mayors von Gravesend überreichte der Herzogin einen prächtigen Lilienstrauß und 120 junge Mädchen in Secostümchen streuten dem königlichen Paar Blumen auf

solls festlich geschmückten Bahnhöfen, von wo aus die Kreise nach Windsor erfolgte, wo des neuvermählten Paars ein nicht minder entzückender Empfang wartet.

Amerika.

Newyork. [Aus Colorado.] Seit längerer Zeit schon, berichtet der "Globus", wütet in Colorado [Territorium der Vereinigten Staaten, nördlich von Neu-Mexico] ein erbitterter Kampf zwischen den Kindvieh- und Schafzüchtern. Es ist bekannt, daß das Kindvieh auf Stellen, wo Schafe gehütet werden seien, nicht grauen möle, und daß die Schafe auch das Gras so knapp abbissen, daß den Wurzeln der genügende Schutz fehle und die Sonne sie zerstöre. Aus diesen Gründen kam es zwischen Kindvieh- und Schafzüchtern zu Streitigkeiten, welche bald in die rohste Art der Selbsthilfe ausarteten und in denen die letzteren, als die schwächeren Partie, unterlagen mußten. Nachts wurden die Hürden der Schafe von den Kinderhirten überfallen, die Thiere erbarmungslos niedergeschossen und die Herden versprengt. Eine Menge Schafe waren auf diese Weise zu Grunde gegangen, ehe die Schäfer nachgaben und nordwärts zogen, den Kindviehzüchtern, die alleinige Benutzung der öffentlichen Ländereien (denn um diese handelte es sich, nicht um Privateigentum) im südlichen Colorado überlassen. Sicher schien Friede zwischen beiden Parteien zu herrschen, bis vor kurzem der Krieg in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt Denver wieder ausgebrochen ist. Letzten Herbst hatte sich nämlich am Riling Creek, 35 Meilen von Denver, ein deutscher Schafzüchter, J. H. Haasch, mit etwa 4000 Schafen niedergelassen, sich Haus, Stallungen, Hürden errichtet und träumte nicht, daß er auch hier verfolgt werden würde. Aber während einer Nacht in der ersten Hälfte des December wurde er durch Gewehrgesetzter aus dem Schlaf geweckt und fand, daß etwa 20 Männer beschäftigt waren, auf seine in zwei Hürden eingepferchten Schafe zu schießen und diese nach allen Richtungen zu versprengen. Er feuerte nun selber auf die Angreifer, mußte aber der Übermacht weichen. Am anderen Morgen fand er 180 seiner Schafe tot, die übrigen in der ganzen Umgegend zerstreut. Er sieht sich nun genötigt, zum zweiten Male seine selbstgegründete Heimat zu verlassen, denn Gerechtigkeit gegen derartige Gewaltthäten giebt es in Colorado, selbst in seinem civilistischsten Theile, unmittelbar bei Denver, nicht, obgleich die Thäter allgemein bekannt sind.

New-York, 21. Februar. [Der Spiondiest unter den Beamten.] Die Enthüllungen, welche bei Gelegenheit des Sandborn-Falles über den geheimen Spiondiest im angeblichen Interesse des Zolldepartements gemacht wurden, haben nicht nur in der kaufmännischen Welt, sondern im Allgemeinen einen höchst peinlichen Eindruck gemacht. Diese Enthüllungen lassen uns in ein vollständiges System der schmählichsten Einsichtnahme, Bedrückung und Erpressung zu Gunsten einzelner, nicht einmal in amtlichen Stellungen befindlicher Ausbeuter blitzen, welches unter Mitwissen und Begünstigung der Grant-Administration seit vielen Jahren betrieben worden ist. Dasselbe wurzelte in dem Boden der voluminösen, confusen und wibkürlichen Zollgesetzgebung, welche die Welt aufzuweisen hat, und gegen welche sich die jetzt im Congress vorgeschlagene Codification der Zollgesetze kaum als entsprechendes Heilmittel erweisen möchte. Gleichzeitig wurde die Handelswelt in den beiden östlichen Haupteingangshäfen, New-York und Boston, durch zwei neue unglückliche Nominationen Herrn Grants aufgeriegelt, die für die Collectorstelle in Boston und die für das Waarenabfängeramt beim New-Yorker Zollhause. Der entschiedene Widerspruch, welchen beide Ernennungen von Seiten der nächstbesteigten Kaufleute anregten, beweist, daß Herr Grant sich aus seinem doppelten Fiasco bei Besetzung der Oberhauptstelle noch keine Lehre für die discrete Ausübung seines Anstellungsberechtes für die wichtigsten Amtler des Volkes gezogen hat.

[Zum Jubiläum der Unabhängigkeitserklärung.] Die voraussehende Begeisterung des amerikanischen Volkes für die 100jährige Feier seiner Unabhängigkeit erlitt durch einen Beschuß des Repräsentantenhauses am Montag ein neues Dementi. Eine Einladung der sogenannten "Carpenters Union" in Philadelphia zur feierlichen Begehung des 100jährigen Jubiläums des Zusammensetzens des ersten amerikanischen Congresses, welche in der noch erhaltenen "Old Carpenters Hall" in Philadelphia am 6. September d. J. abgehalten werden soll, und an welcher der gegenwärtige Congress sich in corpore beteiligen sollte, wurde trotz der patriotischen 4. Juli-Reden einiger Mitglieder mit 135 gegen 95 Stimmen abgelehnt. Die Majorität war der Ansicht, daß der Congress zu einer Sitzung außerhalb Washingtons sich zu versammeln keinen Verlust und keine Ernächtigung habe.

[In Bezug auf das Achtstunden-Gesetz] und dessen Wirkungen auf die wahren Interessen der Arbeit wie der Arbeiter selbst, ging an den Ausschuß des Hauses für Verbilligungen ein Schreiben des Finanzministers ein, unter Beifügung einer Vorstellung von mehr als 40 der bedeutendsten Fabrik-Firmen in Baltimore, in welcher die demoralisierende Wirkung des Achtstundengesetzes, welches die öffentliche wie die Privatarbeit benachteiligt und unter den Arbeitern selbst Rechtsungleichheit und Unfrieden zur Folge hat, des Nächsten aus einander gesetzt und begründet wird.

[Die Civil-dienst-Reform,] dieses berühmte hölzerne Steckenpferd der Grant-Administration und der republikanischen Reformer, ist noch immer in Arbeit und soll dem Proceß einer neuen Aufpolsterung unterzogen werden. Es wird berichtet, daß der damit beauftragte Hauss-Ausschuß eifrig mit dem Studium der Staatsdienstgesetze der europäischen Regierungen beschäftigt sei. Von der anderen Seite hört man, daß der demagogische Verfechter der Parteiherrschaft und des Grantismus, Herr Benj. Butler, ein anderes Plänchen der Civilienst-reform in petto hat, nach welcher die Anstellung der Mehrzahl der Beamten aus den Händen der Departements-Chefs in die der Congress-Mitglieder, d. h. also der Parteichefs übergehen soll. Dem Bernischen nach wird der betreffende Ausschuß des Hauses den Vorschlag einbringen, zunächst bei den Anstellungen in den Executiv-Departements in Washington, mit diesem Plane, unter pro rata. Vertheilung unter die Mitglieder des Congresses nach dem Beispiele der Empfehlungen für die Kriegs- und Flottenschule in Westpoint und Annapolis, einen Versuch zu machen.

[Kreuzzug gegen den Alkohol.] Der gesetzwidrige und göttelästerliche Unfug, den von Demagogen und Pfaffen angeheizte Weiber in Scene gesetzt haben und der in der Presse unter dem bezeichnenden Namen „der Kreuzzug gegen den Alkohol“ paradiert, hat nicht nur in den kleineren Dörfern Ohio's um sich gegriffen, sondern sich auch in der Hauptstadt des Staates Columbus zu organisieren angefangen, sowie nach dem Staate Indiana u. a. ausgedehnt. Auch in unserer Nähe, namentlich auf Long Island, werden Einleitungen getroffen, vermittelst Schaaren singender und betender Frauenzimmer den Betrieb eines Gewerbes zu belästigen und einzuschüchtern, das fast von allen Gesetzgebungen durch Ertheilung von Licenzen als legal anerkannt ist, und vermöge der schweren auf ihm lastenden Steuern eine Hauptinnahmequelle zur Deckung der Kosten der Gesamtregierung bildet. In manchen kleinen Plätzen war die unsittige Bewegung, die neueste Phase des Temperenz-Fanatismus, zur Zeit vollständig erfolgreich, doch entsprach schon in Columbus ihr Fortschritt den Erwartungen ihrer Anhänger nicht. Sie ist selbstverständlich im Ganzen nur als eine tolle Ausschreitung der unbeschränkten Freiheit unseres Volkslebens zu betrachten, welche, bezeichnend genug, zugleich in die hergebrachte Narrenperiode der Vorfastzeit fiel; sie wird aber, wie wir hoffen, nicht ohne ihre praktischen Lehren bleiben und namentlich auf die Gefahren aufmerksam machen, welche der Gesellschaft und dem Gemeinwesen von Seiten verfehrter und fanatischer Bestrebungen, wie der der vollen politischen Gleichberechtigung der Weiber und deren Allianz mit religiöser Ueberspannung und Mutterthum drohen. Je eindringlicher wir

in dieser Beziehung in Zeiten vor den Folgen naturwidriger „Reformen“ gewarnt werden, desto besser.

[Eine im Senate (von Wood) eingebrachte Bill für Schulzwang] und zum Schutz Unmündiger gegen ungebührliche Fabrikarbeit verspricht dem Zwecke nur sehr ungenügend zu entsprechen und giebt zu wesentlichen Ausstellungen Anlaß. Durch die Bill sollen zwar Kinder unter 10 Jahren von der Fabrikarbeit gänzlich ausgeschlossen bleiben, aber die Beschränkung der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren bestimmt das Maximum der Arbeitszeit solcher auf 66 Stunden pro Woche, während der Staat durch das Achtstundengesetz eine Arbeitszeit von 48 Stunden wöchentlich für Erwachsene als Regel festgestellt hat! Diese Aburdität bedarf keiner weiteren Ausführung.

[Der National-Convention der „Grangers“ in St. Louis] deren „Principien-Erklärung“ den Leitern und Organen der bestehenden politischen Parteien nicht geringes Herzschlag verursacht hat, folgte in diesen Tagen eine Versammlung der „Staats-Grange“ in Albany, welcher eine vertagte Versammlung am 4. Mär. folgen soll. Auch hier wurde eine „Principien-Erklärung“ angenommen, in welcher wir außer vielem Guten auch Irrthümlichem begegnen, z. B. der ausgesprochenen Opposition gegen die Aufhebung der von der fortgeschrittenen volkswirtschaftlichen Bildung der Gegenwart längst verurtheilten sogenannten „Wucherzeche.“ (N.Y. HdA. - Bzg.)

daß ein Anderer mit großer Gewalt an dem Ohr gerissen, entstanden sein, verurtheile das Gericht erster Instanz wie oben angegeben. Der Angeklagte legte Berufung ein, indem er ansprach, daß ein Vorzog bei der dem Klinde zugefügten Verhängung nicht nachgewiesen und auch nicht anzunehmen sei, da er im Gegenteil eher als zu mild bekannt sei. Außerdem hat er, jedenfalls die Strafe erheblich zu ermäßigen, da er außer geringem Deputat nur 196 Thaler Gehalt habe und damit Frau und 4 Kinder zu ernähren habe. Der Criminal-Senat des Appellationsgerichts hielt am Sonnabend in der Angelegenheit Sitzung, in welcher der Vertheidiger, hr. Justizrat v. Dazur die Freisprechung und eventuell Herabminderung der Strafe beantragte. Der Vertreter der königl. Oberstaatsanwaltschaft schloß sich mit seinen Anträgen dem des Herrn Vertheidigers an. Der Gerichtshof hielt jedoch die thätsächliche Feststellung des ersten Richters aufrecht, sandt sich aber veranlaßt, das Strafmaß auf 10 Thlr. eventuell eine Woche herabzumindern.

— Ohlau, 6. März. [Frauenverein. — Jungfrauenverein. — Industrieller Unterricht.] Anfang nächsten Monats sind seit Gründung des hiesigen Frauenvereins fünfundzwanzig Jahre verflossen und reicher Segen ist durch die wohlthuende Wirksamkeit desselben dem ärmeren Theile unserer Einwohnerschaft zu Theil geworden. Dieser Verein machte es sich zunächst zur Aufgabe, Witwen und Waisen zu belieben; im Laufe der Zeit rief er eine Kinderbewahranstalt ins Leben, welche von ca. 80—90 Kindern besucht wird, und errichtete eine sehr frequente Nähsschule mit unentgeltlichem Unterricht. Zur Unterhaltung dieser beiden gemeinnützigen Anstalten gewährte die Stadt billigermäßen einen jährlichen Zufluss. Eine wie große Wohlthätigkeit dieser Frauenverein übt, dürfte am besten aus nachstehenden Notizen zu erkennen sein: Wie in früheren Jahren, so vertheilte derselbe auch am letzten Weihnachtsfeiertag 131 Hemden, 80 Nüsse, 42 Jacken, 45 Beinleider, 45 Paar Schuhe, 107 Paar Strümpfe, 75 Schürzen und 46 Tücher an 120 Kinder der Nähsschule und Bewahranstalt und an 170 Witwen und Waisen; die sonstigen Gaben an Spielzeug, Strümpfen &c. ungerednet, welche bei der Weihnachtsbescherung gleichfalls zur Vertheilung kamen. Selbstverständlich würden die Jubelfeier dieses verdienstvollen Vereins alle diejenigen Theilnehmenden begehen, welche eine so reichgefeierte Wirtsamkeit zu würdigen wissen. Der Umstand jedoch, daß gegen Ende Juni das von einer Vorstandsdame dieses Vereins, der Frau Oberamtmann Gründke, unter dem Namen „Gründke-Stiftung“ erbaute und der Stadt geschenkte Vereinshaus, in welchem die Kinderbewahranstalt und Nähsschule sodann untergebracht werden soll, bezogen und geweiht werden soll, ist dem Bernchen nach Veranlassung geworden, mit dieser Feier die des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des Vereins zu verbinden. — Nicht minder sehnhaft ist die Thätigkeit des an Jahren allerdings jüngeren Jungfrauenvereins. Mit Ausbruch des Krieges 1866 trat er ins Leben und übernahm die Fürsorge für die Plege verwundeter und kraner Krieger sowohl in jenem als auch im letzten Kriege. Seine Friedensthätigkeit richtet sich auf Unterstützung verhämpter Armen und seit einigen Jahren auch auf Unterweisung unbemittelter Mädchen in weiblichen Handarbeiten, wobei die Kinder sich an Ausbildung und Herstellung ihrer eigenen Kleidungsstücke üben können. Auch der Jungfrauen-Verein hat somit seine, kurz weg „Flickschule“ genannte industrielle Lehr-Anstalt, in welcher einzelne Mitglieder des Vereins zugleich mit den Diacostinnen der hiesigen städtischen Anstalten 76 arme Mädchen unentgeltlich im Nähen, Stricken &c. unterrichten. Denselben bereitete der Verein zu Weihnachten gleichfalls eine Bescherung an Kleidungsstücken. Schreibmaterialien, Strickzettel &c. Wenn man bedenkt, daß dieser Verein von seinen Mitgliedern einen Monatsbeitrag von nur einem Silbergroschen erhebt, so muß man der wahrhaft ausgezeichneten Vereinsleitung alle Anerkennung zollen, die dabei gleichwohl im abgelaufenen Jahre 256 baare Geldunterstützungen im Betrage von 10 Sgr. bis 4 Thlr. verabfolgen, 13 Personen laufende Monats-Unterstützungen gewähren, Naturalien und Kleidungsstücke an bedürftige Familien verteilen und den Mädchen ihrer Schule über dieses eine reiche Weihnachtsbescherung veranstalten konnte. Die Jahresentnahmen beliefen sich auf 385 Thaler. Ein von geschätzten auswärtigen und hiesigen Dilettanten jüngst zum Beste des Jungfrauen-Vereins gegebenes, zahlreich besuchtes Concert dürfte der sehr in Anprang genommenen Vereinskasse (n erfreulicher Weise einen erwünschten Zufluss eingebracht haben). — Aus Obigem ergibt sich, daß hier für unentgeltliche Unterweisung der Jugend in weiblichen Handarbeiten in recht umfassender Weise gesorgt ist, denn außerdem ist noch mehrfach Gelegenheit gegen mäßiges Honorar die so nöthigen Fertigkeiten durch Privatunterricht zu erlernen. Unerklärtlich erscheint es dennoch, wenn gleichwohl laut amtlicher Ermittlungen 53 p. ct. sämmlischer hilfloser Mädchen bisher gar keinen industriellen Unterricht genossen haben. Die ministerielle Bestimmung, welche den industriellen Unterricht zum obligatorischen Unterrichtsgegenstand jeder Volksschule erhob, ist demnach von höchster Wichtigkeit, die leider noch nicht überall gebührend gewirkt zu werden scheint.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 10. 11.	Nachm. 2 U.	Abends. 10 U.	Morg. 6 U.
Aufdruck bei 0°.....	327°,05	327°,02	327°,78
Luftwärme	+ 8°1	+ 3°9	- 0°1
Dunstdruck	1°,81	1°,76	1°,89
Dunstättigung	45 p. ct.	62 p. ct.	96 p. ct.
Wind	S. 2	W. 2	W. 1
Wetter	wolkig.	heiter.	bedeckt, Schnee.

Breslau, 11. März. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 86 Em. U.-B. — M. 20 Em.

Berlin, 10. März. Die geringe Neigung der Börse, eine einmal gewählte Bewegung mit Consequenz und Ausdauer zu verfolgen, machte den heutigen Verkehr gleichsam zum Träger eines Umschwunges in der Tendenz. Neue Momente, die die Börse hätten beurtheilen können, waren zu den in den vorhergegangenen Tagen erwähnten nicht hinzugekommen und es ist ganz natürlich, daß die Bortominiße tubler beurtheilt werden, wenn sie der Vergangenheit angehören und somit an Gewicht verlieren. Die Börse ergibt sich für den Augenblick nur ungern in größerem Maße nach einer Rückung hin, da ihr bei der mangelnden Theilnahme des Publikums durch eine sich bildende Gegenpartei leicht der Rückweg abgeschnitten werden könnte, nie bemüht daher jede sich darbietende Gelegenheit eine Strömung zu verlassen, die schon einige Erfolge gewährt hat. Dies war denn auch der Fall heute mit der bisher herrschend gewesenen mattem Stimmung. Wär war die Eröffnung des Geschäfts noch wenig fest und alle Anzeichen deuteten darauf, daß der Verkehr gegen die Tage zuvor keine wesentliche Änderung zeigen werde. Dennoch war das Endresultat der heutigen Börse in mehr als einer Beziehung günstig zu nennen. Sie hatte sich besonders auf dem Eisenbahnenmarkt eine belebtere und seifere Tendenz heimisch gemacht, die die Blanckobertäfer der vorigen Woche zu Gedungskäufen trieb; auch auf dem Gebiete der Bankactien war eine Besserung zu constatiren. Die Unsäfe blieben in Allgemeinen aber sehr gering und es sind auch einzelne Fälle zu registrieren, in welchen dem Angebot durchaus keine Abnehmer gegenüberstanden. Die internationalen Speculationspapiere trugen einen schwärfenden Charakter, nur Franzosen waren seit, auch Lombarden behaupten sich ziemlich gut. Was Deßter. Credit-Actien an Tendenzschwäche verriet, erzielten sie durch regeren Verkehr; sie begannen ihre Coursentwicklung etwa 1 Thlr. niedriger gegen ihre gestrige Schlussoffz. stiegen darauf zwar, ließen aber doch auch am Schlusse noch eine Differenz. Österreicherische Nebenbahnen waren fast sämmlig matt, erfuhren aber in Folge der sehr geringen Umsäfe wegen nur unbedeutende Veränderungen. Galizier ziemlich fest zu gestrigem Course. Böhmischa stärker nachlassend. Auswärtige Fonds schwach belebt und fast unverändert. Türken anziehend. Italiener vernachlässigt und weichend. Russische Wertthe sehr ruhig. Bahnen, Bodencredit und Pfand-Anteilien beliebt. Preußische und Deutsche Fonds in geringem Verkehr, Preußische Prioritäten beliebter als in letzter Zeit. Berg. C. rege, Ludwigsh. Bevölker anziehend. Österreichische Prioritäten mit Ausnahme von Kaiser Ferdinand-Nordbahn und Staatsbahn 5 p. ct. und 3 p. ct. II. matter. Russische unbedacht. Die schweren Rheinisch-westphälischen Bahnen erhielten ihre Coursen 1-1½ p. ct., wurden aber wenig gehandelt. Potsdamer, Halberstädter und Alahalter belebt, Rumänen weichend, Hann.-Altenber. wiederum mehriger, auch Schweizer. matt. Lüttich-Limburg höher, Naherbahn beliebt. Bank-Actien zum Theil höher, zu den bevorzugten gehören Spielhagen, Preuß. Bodencredit, Bankverein, Producten- und Handels-, Luxemburger Bank, Gewerbe-, Stettiner Vereinsb., Deutsche Handelsb., Meddebn. Hypothekenbank, Meddebn. Bodencredit und Hypothekenb., C. Hüben, weichend waren Meiningen- und Schaffh. Disse-Commandit 156, ult. 156½ - 57½ - 56. Industriepapiere wenig seit, Pferdebahn, Omnibus und Immobilien in gutem Verkehr, Baltischer Waggon und Baltischer Lloyd nachgebend. Bonifacius fest, dagegen München, Dortmunder Union 61, ult. 61½ - 60½ - 60%, Laurahütte 163½, ult. 162½ - 3%. Wechsel still, Petersburg, London und Wien fest. Silbergulden begehr.

Wien, 10. März. [Die Einnahmen der franz.-österr. Staatsbahn] betrugen am 5. und 6. März incl. 159,211 Gulden.

